

kirche erbaut und Februar 1865 eingeweiht. Weithin strahlte ihr goldenes Kreuz vom Turm über das heidnische Land, aber niemand kam, es zu verehren. Denn noch immer war das Christentum in Japan unter Todesstrafe verboten. Aber am 17. März 1865 meldeten sich einige alte Leute beim Missionar, und aus vorsichtigen Fragen und Antworten ergab sich bald, daß der Glaube, den Franz Xaver ins Land gebracht hatte, noch immer nicht untergegangen war. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die frohe Kunde von der so heiß ersehnten Rückkehr der Missionare trotz strengster Überwachung der christenfeindlichen Behörden heimlich von Ort zu Ort bis zu den Inseln von Gotô und nach Hirado, wo man seit 200 Jahren noch einen Messkelch aufbewahrte für den Tag, da Gott wieder einen Priester senden würde. Bald hatten Zehntausende alter Christen Anschluß an die Glaubensboten gefunden, und die Martyrerkirche Japans konnte nach dreihundertjähriger Verfolgung einen glorreichen Auferstehungsmorgen feiern. Sie hatte sich Franz Xavers, ihres Stifters, würdig gezeigt. Sieben Jahre vor ihrer Entdeckung, 1858, hatten die Christen standhaft die letzte blutige Verfolgung erlitten, und als die Regierung alsbald nach der Entdeckung mit einem letzten Schlag die wiedererstandene Kirche vernichten wollte, gingen die treuen Christen freudig in Kerker und Verbannung, bis das Eingreifen der abendländischen Mächte ihnen auch in Japan die Glaubensfreiheit erzwang.

Vor 22 Jahren stand ich in Goa, der einstigen Hauptstadt Portugiesisch-Asiens, in der Kirche Bom Jesus vor dem herrlichen Silberschrein, der die sterbliche Hülle des Apostels von Indien und Japan umschließt. Tausende und Abertausende von Pilgern aller Farben und Nationen Indiens zogen vor meinem Auge vorüber, um dem Heiligen in Ehrfurcht die Füße zu küssen, die auf apostolischen Reisen soviel Tausend Meilen gewandert waren, und um sich seiner mächtigen Fürsprache am Throne Gottes zu empfehlen. Das stolze Weltreich Portugiesisch-Asiens liegt in Trümmern, das „goldene Goa“ ist zur Totenstadt geworden, aber sein Apostel lebt, nicht nur in Goa, nicht nur in Indien, nicht nur in den Kindeskindern seiner Kinder, nein, er lebt fort in Tausenden und Millionen von Herzen, soweit die Sonne die Erde bescheint. Tausende begeistert sein leuchtendes Vorbild auch heute noch, alles zu opfern aus Liebe zu Christus und den unsterblichen Seelen, um des Heilands letzten großen Wunsch erfüllen zu helfen: „Gehet hinaus in alle Welt und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.“

## Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

### I.

**K**aum hatte das deutsche Volk durch die Reichstagswahl und das Ermächtigungsgesetz den Umbau des Staates unter nationalsozialistischer Führung genehmigt, als alle katholischen Akademiker am Palmsonntag 1933 durch einen dringlichen Aufruf des „Verbandes katho-

lischer Akademiker zur Pflege der katholischen Weltanschauung“ an die von ihm 1918 ausgesprochene Mahnung erinnert wurden, „von der Tiefe des Religiösen und Grundsätzlichen her zu den Fragen der Gesellschaft, der Nation, des Volkstums und der Völkergemeinschaft Stellung zu nehmen, das heißt: auf die Fragen der Zeit die religiöse Antwort zu geben“. Weil die katholischen Ideale sich niemals zu wandeln brauchen, wiederholt der Verband diesen Ruf auch jetzt mit den Worten: „Trete für die Lehre der Kirche ein, nach der jedem Volke die Pflege seiner ihm besonders eigentümlichen sittlichen und geistigen Anlagen im Ganzen der Völkergemeinschaft als eine hohe nationale Pflicht obliegt, und daß diese Pflicht ihre höchste Kraft, Würde und Weihe erst aus der übernatürlichen Gemeinschaft des Reiches Christi erhält. Verkündet die so verhängnisvoll verkannte Wahrheit, daß es auch in Gesellschaft und Wirtschaft zutiefst um das Gottesreich und seine Gerechtigkeit geht: immer wieder müssen alle natürlichen Erscheinungen in das Licht übernatürlichen Lebens und der Weisheit des Kreuzes gerückt und dadurch vom Zeitgeist und Zeitirrtum erlöst werden.“

Darüber hinaus allen Katholiken des Deutschen Reiches in der neuen politischen Lage „Wegweisungen zu geben, die aus dem katholischen Glauben entspringen“, hat die Gesamtheit der deutschen Bischöfe für „dringend notwendig“ gehalten. Sie erteilten daher am Tage vor Pfingsten in einem gemeinsamen Hirtenbriefe von neuem ihre kirchliche Gutheißung dem, was die Katholiken bisher schon als „natürliche und christliche Pflicht erkannten und erfüllten“: einer „gesteigerten Liebe zu Vaterland und Volk“ in friedlicher „Verbundenheit mit den andern Völkern und Völkerfamilien“, einer Unterordnung „der einzelnen und der Körperschaften“ unter die „rechtmäßige Volksleitung“ in dem Maße, wie es das Gesamtwohl verlangt“, einer Förderung der „Volkskraft“, bei der „nicht die Seele über dem Körper notleide“, und einer starken und gerechten „Geschlossenheit“ des Staatsvolkes ohne „ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes“ und ohne „rücksichtslose Ausmerzung“ Andersgesinnter. Nach den unverrückbaren Grundsätzen des katholischen Glaubens erklärten die Bischöfe sich gegen jeden Versuch einer „romfreien Nationalkirche“, gegen den Verzicht auf „konfessionelle Schule und konfessionelle Lehrerbildung“, gegen die Unterdrückung der Selbständigkeit katholischer „Jugendorganisationen in ihren vielfachen Verzweigungen“, namentlich auch in ihrer eigenen, von kirchlichem Geiste beseelten Sportpflege, gegen „schematische Gleichschaltung“ katholischer „Standes- und Berufsvereine“ mit nichtkatholischen Organisationen, gegen „Verstaatlichung der christlichen Wohlfahrtspflege“ und gegen die Behinderung der Freiheit einer ausgesprochen katholischen Presse, die „den katholischen Geist in die Seelen ihrer Leser leitet“ und sie vor dem verwirrenden Einfluß einer „religiös unbestimmten Tagespresse“ schützt. Nicht „abwartendes Beiseitestehen oder gar eine Feindseligkeit der Kirche dem Staate gegenüber“ liege im Willen der Bischöfe, zugleich aber seien sie von der vertrauenden Erwartung beseelt, „daß so manches“, was ihnen „vom katholischen Standpunkt in den letzten Monaten als befremdlich und

unbegreiflich“ erschienen sei, „sich nur als ein Gärungsvorgang“ erweise, daß „alles Haßerfüllte und Unversöhnliche verschwinde“, und „die Volks-einheit nicht etwa nur das Werk des äußern Zwanges oder einer vorüber-gehenden völkischen Stimmung, sondern der opferwilligen, freudigen und dauernden Einordnung“ werde.

Bei weitem nicht so allgemein wie diese überragend wichtigen Dinge, aber doch wohl in breiterer Öffentlichkeit, als zur Klärung zweckmäßig ist, hat man in den letzten Monaten den katholischen Wissenschaftsbegriff erörtert. Da Prälat Münch vom Katholischen Akademikerverband für einen Unterschied zwischen dem „katholischen“ und dem von katholischen Gelehrten bisher in der Regel vertretenen „reinen“ Wissenschaftsbegriff eingetreten war, ist es erfreulich, daß in der Viertel-jahrschrift des Akademikerverbandes („Der katholische Gedanke“, 1933, 2. Heft) der Religionsphilosoph Oskar Bauhofer erklärte: „Die katholischen Vertreter und Verfechter der ‚reinen‘ Wissenschaft waren und sind weder ungeistig noch unkatholisch. Es handelt sich ja aber um die Spannweite dieser Geistigkeit, um die Frage, ob auch die wissenschaftliche Arbeit von katholischer Geistigkeit aus zu wahrhaft katholischer Gestalt durchgebildet werden darf und kann, oder ob dies ein Unding ist.“ Die katholische Geistigkeit sei freilich eine „werdende“ Größe, und „in Funktion“ zu ihr entwickle sich der katholische Wissenschaftsbegriff der Zukunft, aber „unbeschadet der selbstverständlichen Technik und Methode des wissenschaftlichen Arbeitens“ (S. 129). Was dann Bauhofer über die „kritische“ und „schöpferische“ Funktion des „katholischen Wissenschaftsbegriffes“ ausführte, deckt sich im Grunde mit den Darlegungen des Freiburger Philosophen Martin Honecker, der in der „Zweiten Vereins-schrift 1933“ der Görresgesellschaft, also des für solche wissenschaftlichen Erörterungen eigentlich berufenen Verbandes, den „reinen“, für Katholiken und Nichtkatholiken gemeinsamen Wissenschaftsbegriff ohne Ab-lehnung des „katholischen“ verteidigte und auch beim „reinen“ Wissen-schaftler die „besondere Einwirkungsmöglichkeit einer religiösen Grund-haltung“ bejahte, sogar hinzufügte: „Vorurteilsfreie nichtkatholische Ge-lehrte haben ja auch die Ergänzung, Bereicherung und Anregung, welche die Wissenschaft in dieser Hinsicht durch das katholische Forschertum erfährt, offen anerkannt und begrüßt.“ Aber beim Forschen selbst geht der katholische Gelehrte methodisch „mit rein natürlichen Mitteln zu Werk und unterscheidet sich darin nicht vom nichtkatholischen Forscher“ (11). Will man, wie es geschehen ist, die göttliche Gnadenhilfe in die Erörterung einbeziehen, so darf diese bekanntlich dem nichtkatholischen Forscher nicht abgesprochen werden, und im übrigen wird man zugeben, daß in der „katholischen“ Wissenschaft durch „rein“ wissenschaftliches Verfahren auch untersucht werden muß, welche Geisteshaltung im gegebenen Falle nach der Lehre der Kirche wirklich katholisch ist — eine durchaus nicht immer richtig gelöste Aufgabe.

Nach dem Durchbruch der Erkenntnis, daß Mommsens Kampfruf von der „Voraussetzungslosigkeit“ der Wissenschaft nur mit sehr großen Ein-schränkungen gelten kann, ist mehr und mehr klar geworden, daß die

katholisch gerichtete „Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters“ von Ludwig von Pastor mindestens keine geringere Berechtigung hat als andere tatsächlich doch auch immer von irgend einem weltanschaulichen Standpunkt aus geschriebene Geschichtswerke. Dr. Wilhelm Wühr teilte in der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ (28. Mai 1933, Nr. 124) aus einem Jugendtagebuch Pastors die Worte mit: „Nicht um unter Gelehrten zu glänzen, um mir einen Namen zu machen, will ich Geschichte studieren. Nein, meine Lebensaufgabe sei kein Werk des Egoismus, der Eitelkeit; meine Lebensaufgabe sei, so Gott will, unablässige Verteidigung der katholischen Kirche auf dem Felde der Geschichte.“ In fast fünfzigjähriger Arbeit hat Pastor diesen Entschluß besonders durch seine nun mit der dritten Abteilung des 16. Bandes (Freiburg 1933, Herder) abgeschlossene, auf mehr als das Dreifache des ursprünglich beabsichtigten Umfanges angewachsene Papstgeschichte großartig verwirklicht. Dabei hat er es verstanden, namentlich in Anmerkungen und Anhängen so reiche und oft neue Fundgruben zu öffnen, daß der Leser auch andere Auffassungen als die Pastors kennen lernt und sich ein eigenes Urteil bilden kann. Im selben Sinne, „unter objektivster Verteilung von Licht und Schatten“, aber zugleich in „einem kirchlichen Geiste, der seinem erhabenen Gegenstand gerecht zu werden sucht“, und womöglich noch mit einem „stärkeren Pragmatismus“ nach der Seite der geschichtlichen Gesamtentwicklung verspricht der Münsterische Professor Joseph Schmidlin eine auf drei mächtige Bände berechnete, von 1800 bis zur Gegenwart reichende „Papstgeschichte der neuesten Zeit“, deren erster Band vorliegt (München 1933, Kösel & Pustet). Der „Osservatore Romano“ (19. März 1933, Nr. 66) hat bereits die „wissenschaftliche Ehrlichkeit“ und die „kindliche Liebe zur Kirche“ hervorgehoben und den Wunsch nach einer italienischen Übersetzung ausgesprochen, aber auch nicht verschwiegen, daß die Schwierigkeiten der Stoffbewältigung und Archivauswertung „von Kapitel zu Kapitel“ wachsen werden. Deshalb wird die vom Herderschen Verlag als Fortsetzung Pastors angekündigte Geschichte der Päpste des 19. Jahrhunderts, die eine weitergreifende Benutzung der teilweise noch unzugänglichen Archivbestände anstrebt, durchaus keine zwecklose Doppelarbeit.

Heftiger als in der reinen Forschung wird der Einfluß des katholischen Geistes immer wieder auf dem Gebiete der Schule bekämpft. Einen lang erwarteten Sieg haben die Verweltlichungsbestrebungen nach hartem, aber zu spät begonnenem Kampfe in Spanien durch die Annahme des Gesetzes errungen, das allen religiösen Genossenschaften jeden Unterricht außer dem für ihre eigenen Mitglieder untersagt und ihnen außerdem das Eigentumsrecht an ihren Gebäuden zu Gunsten des Staates aberkennt. Dadurch wurden von 1774 400 Schulkindern 601 550, außerdem in den Berufsschulen 17 000 und in den höheren Schulen 27 000 Schüler und Schülerinnen betroffen. Abgesehen davon, daß die Zahl der staatlichen Lehrkräfte schon bisher viel zu gering war und deshalb geeigneter Ersatz für die nun entlassenen Ordensleute einstweilen nicht zu beschaffen ist, wird der Staat mit jährlich weit über 100 Millionen Peseten Mehrausgaben be-

lastet. Papst und Bischöfe haben die Gläubigen aufgerufen, mit allen Kräften den religiös verderblichen Folgen des Gesetzes entgegenzuwirken, und in einem päpstlichen Rundschreiben vom 3. Juni 1933 wurde das Gesetz „feierlich verurteilt“ und ihm „jede Kraft gegen die unzerstörbaren Rechte der Kirche“ aberkannt. Zugleich aber ermahnte der Papst die spanischen Katholiken eindringlich, im Sinne der Katholischen Aktion „alle Meinungsverschiedenheiten und Einzelbestrebungen hintanzusetzen, das Wohl des Vaterlandes und der Religion über Sonderwünsche zu stellen, um einmütig das zu erkämpfen, was zum Schutze der Religion und des Vaterlandes erforderlich ist“.

Die religiöse Gefährdung der deutschen Katholiken in der Diaspora des europäischen Südostens hat das zu ihrer Unterstützung gegründete „Bonifatiuswerk“ in Paderborn in einer ergreifenden Denkschrift dargelegt. Die 600 000 deutschen Katholiken in Polen haben an vielen Orten niemals deutschen Gottesdienst. Bei einer halben Million deutscher Katholiken in Ungarn erhält kaum ein Drittel der Kinder deutschen Religionsunterricht. Ebenso zahlreich sind die deutschen Katholiken in Jugoslawien, aber von der Religion hören in ihrer Muttersprache z. B. die 9000 in Belgrad weder im Unterricht noch im Gottesdienst, und aus dem Banat berichtet ein Geistlicher: „Von den jungen Burschen nimmt niemand am kirchlichen, geschweige denn am religiösen Leben Anteil. Sie wachsen auf, schlimmer denn eine Herde von wilden Tieren... Schleunigste Hilfe tut not.“ Aus der rumänischen Bukowina schreibt ein deutscher Seelsorger: „Wir brauchen Priester für die unbesetzten Pfarreien, für die neu entstehenden Siedlungen mit oft über 1000 deutschen Katholiken und insbesondere für die regelmäßige Versorgung der oft weit entfernt liegenden Filialen.“ Ebenso ist es in Siebenbürgen und im Szathmarer Gebiet. Leider wiederholt sich vom ruthenischen Karpathenlande der Tschechoslowakei bis zum Schwarzen Meere immer wieder die Beobachtung, daß Jahr um Jahr zahlreiche deutsche Katholiken entweder zu den schismatischen Landeskirchen oder zu den deutschen protestantischen Gemeinden übergehen, die vom Mutterlande her durch den Gustav-Adolf-Verein freigiebig unterstützt werden. Das „Bonifatiuswerk“ hofft um so mehr auf die Hilfe der Katholiken in Deutschland und Österreich, als unter den jetzigen Verhältnissen die Heimat viele katholische Lehrer und Lehrerinnen und auch Priester in genügender Zahl für diese Missionsarbeit auf einige Jahre oder auf immer zur Verfügung stellen kann.

Wie den Auslandsdeutschen die Nation leider oft mehr gilt als die Religion, so haben sich bekanntlich auch im Inlande namentlich auf nicht-katholischer Seite erstaunliche Unklarheiten um den Begriff einer deutschen Nationalkirche gelagert. August Schowalter wandte sich in der „Christlichen Welt“ (3. Juni 1933, Sp. 502—506) gegen die von dem Leipziger Professor Ernst Bergmann in einem ausführlichen Buche dargelegte Ansicht, ein Volk dürfe nur eine Religion haben, und die müsse sich unter Leitung des Staates die Selbstbehauptung des Volkes und nicht, wie das Christentum, eine jenseitige Seligwerdung zum Ziele setzen. „Eine Kirche nur als feierliche Bestätigungsform des Volkstums und des Staates“ ist die These, die Schowalter ablehnt.

tes", sagt Schowalter, „ist nicht Kirche Jesu Christi. In dieser Erkenntnis ist Bergmann vielen voraus, die eine Gleichschaltung der Kirche im Interesse der Totalität, der Ganzheit und Geschlossenheit des Staates fordern.“ Im Anschluß daran mahnte der Herausgeber der „Christlichen Welt“, Professor Hermann Mulert, man solle ja nicht meinen, durch den Zusammenschluß der protestantischen Landeskirchen und durch die bischöfliche Verfassung werde der Protestantismus „auf einmal zur wahren Volkskirche“ (Sp. 507). Obgleich die Einigung wertvoll und der Individualismus oft übertrieben worden sei, herrsche heute „doch vielmehr weitgehende Unselbständigkeit des einzelnen“, und die könne durch bequemes Vertrauen auf die einheitliche Leitung in wahrhaft protestantisch eingestellten Kreisen leicht noch größer werden. Gerade in erregter Zeit tue aber der Kirche nicht politische Anpassung an die Tagesmeinung not, sondern es komme darauf an, „daß möglichst viele fest für ihre Überzeugung einstehen, daß bewußte Christen tapfer gegen alles Unrecht und alles Unchristliche auftreten, daß die Führer der christlichen Gemeinden ohne Menschenfurcht sich für Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe einsetzen“ (509).

Über den Protestantismus in Lateinamerika unterrichtet auf mehr als 800 Seiten Camilo Crivelli S. J. in seinem spanisch geschriebenen „Directorio protestante de la América Latina“ (Isola del Liri 1933, Macioce e Pisani). Nach einer langen Einleitung über die für seinen Zweck wichtigen Seiten des Gesamtprotestantismus behandelt er, auf Statistiken, Karten und reiche Literatur gestützt, mehr als 150 protestantische Religionsgemeinschaften, die in Süd- und Mittelamerika, in Mexiko und auf den westindischen Inseln meistens unter Katholiken, selten unter Heiden tätig sind. Im Verhältnis zu den aufgewandten Mitteln erweisen sich die Missionserfolge als gering (682), aber die Gefahr weiterer Verluste auf katholischer Seite wächst nach dem von Crivelli bestätigten Urteil der nichtkatholischen Zeitschrift „Truth and Light“ insofern, als die protestantische Arbeit in Südamerika Katholiken zu Ungläubigen macht: „Sie wird nicht imstande sein, viele Seelen zu retten, wohl aber viele durch Zerstörung des Glaubens an die Grundlagen der christlichen Religion zu verderben“ (112).

## II.

Ganz anders als in den Legenden des franziskanischen Italiens feiert die Welt heute ihre Vermählung mit der Armut. Damals sangen begeisterte Menschen: Armut habe nicht Bett noch Dach, und ihre Speise seien „Brot und Wasser und Kräuter nur, und kommt ein Gast, auch von Salz eine Spur“. Gewiß werden längst nicht alle so anspruchslos gewesen sein, aber alle waren mit viel weniger zufrieden als die Leute unserer Zeit. Wir empfinden es doch schon als sehr hart, daß im einst so reichen Amerika nach der Statistik des Council on Education in zehn Staaten 2571 Schulen aus Mangel an Geldmitteln geschlossen werden mußten, und daß Tausende von Lehrkräften an niederen und höheren Schulen fast ohne Gehalt arbeiten, um den Weiterbetrieb zu ermöglichen („Der Wanderer“, St. Paul, Minnesota, 11. Mai 1933, Nr. 3416). — Julius Malina, der als österreichischer

chischer Spezialist in einer russischen Fleischfabrik gearbeitet hat, schreibt über Rußland in der „Vossischen Zeitung“ (17. Mai 1933, Nr. 233): „Armut, heroisch ertragen oder dumpf erlitten, ist der Zustand des russischen Menschen von heute, und das System verhindert ihn mit Klugheit und Erfolg daran, in sich selbst, seiner Arbeit und seinem Leben einen Wert zu erblicken, der irgend welche privaten Ansprüche rechtfertigen könnte.“ — Im französischen Indochina werden durch Landenteignung, Übertölpelung und Opiumzwang immer neue Massen von Kulissen für die Industrieanlagen der weißen Beherrischer in Isolierungslager getrieben, wo ihnen für ihre schwere, durch barbarische Strafen gesicherte Arbeit ein so erbärmlicher Lohn und eine so magere Verpflegung geboten wird, daß bei der „Société des terres rouges“ in elf Monaten von 659 Arbeitern 123 starben und 242 ins Krankenhaus eingeliefert wurden, und daß von 40 000 Menschen, die am Anfang eines Jahres in den Gummipflanzungen von Tongking arbeiteten, am Ende des Jahres nur noch die Hälfte am Leben war. Wer an den Entbehrungen unserer europäischen Krise zu schwer trägt, liest mit Nutzen die kleine, zuverlässig belegte Schrift „Frankreich in Indochina“ (München 1932, Callwey).

Hier wie in manchen andern Fällen wird durch politische Rücksicht auf wirtschaftliche Machtgruppen eine wirksame Hilfe der Karitas verhindert. Nicht einmal der von Giovanni Ciraolo nach unsäglichen Schwierigkeiten 1927 in Genf gegründete und nun in allen Erdteilen vertretene „Welthilfsbund“ zu internationaler Hilfeleistung bei großen Naturkatastrophen ist diesem Schicksal entgangen. Ciraolo wollte sein Werk „auf dem Grundsatz vollkommenster und allgemeinster Humanität aufbauen“, aber durch den Einfluß der Staatsregierungen ist der Charakter des Bundes „von dem eines humanitären in den eines staatsegoistischen Organismus verwandelt worden“, so daß „mit seinen Hilfeleistungen Politik gemacht werden kann“ (Jahrbuch der Karitaswissenschaft 1933, hg. von Franz Keller, Freiburg 1933, S. 31). Ebenso wird in der Festgabe zur Hundertjahrfeier der Vinzenzkonferenzen (Erste Vereinschrift 1933 der Görresgesellschaft: Vinzenzgeist und Vinzenzverein, hg. von Hermann Bolzau, Köln 1933, S. 78 f.) mit vollem Rechte die trotz aller wünschenswerten Zusammenarbeit notwendige Selbständigkeit gegenüber der öffentlichen Fürsorge betont: „Das gottverbundene Gemeinschaftsbewußtsein soll möglichst das ganze Volk in Gesinnung und Wille durchdringen. Das Füreinander-Einstehen aber wird in erster Linie dadurch gefördert, daß die Glieder der Gemeinschaft selbst einander helfen. Vermittelt der einzelne Vinzenzbruder dem Hilfsbedürftigen die Leistungen der öffentlichen Fürsorge, so betrachtet ihn der Hilfsbedürftige in erster Linie als ein Organ der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Da diese aber trotz aller guten Ansätze heute in weiten Bezirken volksfremd geworden ist, läuft der Vinzenzverein bei einer zu stark betonten Zusammenarbeit mit ihr Gefahr, in gleicher Weise gewertet zu werden... Wertvoller als jede noch so planmäßige Zusammenarbeit mit der öffentlichen Fürsorge muß immer das Ziel sein, das Bewußtsein der Selbstverantwortung und der Mitverantwortung anderer für hilfsbedürftige Brüder und Schwestern zu erhalten.“

Es scheint, daß Krisenhilfe durch eigene Kraft auch von der deutschen Industrie noch nicht in genügendem Maße durch Auswertung der besondern Anpassungsfähigkeit des deutschen Qualitätsarbeiters versucht wird. „Wo der Bedarf in amerikanische Großserien hineinfällt, hat Amerika einen natürlichen Vorsprung, aber alles, was daneben gebraucht wird, oder was individuelle Bearbeitung verlangt, findet der Weltkonsum besser im reichassortierten Produktionsprogramm der vielgestaltigen deutschen Verarbeitung.“ Während die englische Textilindustrie sich immer gesträubt hat, „auf Modeströmungen so Rücksicht zu nehmen, wie es die Bekleidungsindustrie der Welt zu verlangen pflegt“, erkennt die deutsche Industrie die „Majestät des Kunden“ an. Die deutsche Arbeiterschaft aber ist durch Veranlagung und Schulung befähigt, „nicht nur den besondern Anforderungen einer komplizierten und wandlungsfähigen Produktion nachzukommen, sondern sie sogar in vielen Fällen voranzutreiben“ (Wirtschaftsheft 9 der „Frankfurter Zeitung“: Deutschland als Verarbeitungsland. Frankfurt 1933, S. 7).

Außerdem wird gerade in Deutschland eine immer sorgfältigere Abwägung politischer Ziele gegen wirtschaftliche Notwendigkeiten nicht zu entbehren sein. So hat Wolfgang Ertel-Breithaupt im „Berliner Tageblatt“ (28. Mai 1933, Nr. 246) die Wirkung des im ersten Ansturm begreiflicherweise übersteigerten Antisemitismus auf die deutsche Filmindustrie einen schwer zu ersetzenen Verlust von Kapital und Fachleuten an die ausländische Konkurrenz festgestellt. Von ähnlichen Erwägungen ist mehr als eine Regierungsverfügung ausgegangen, z. B. die Zulassung von nichtarischen Künstlern an Privattheatern, die Nichtanwendung des Beamten gesetzes auf jüdische Börsenmakler oder das Verbot des Reichskommissars Dr. Wagener, durch Gemeinderundschreiben den deutschen Charakter von Wirtschaftsunternehmungen zu ermitteln, „weil durch solche Maßregeln eine Störung des Gesamtwirtschaftslebens hervorgerufen wird, die wir beim besten Willen in der jetzigen Zeit nicht brauchen können“ („Berliner Tageblatt“, 27. Mai 1933, Nr. 244). Was vom Standpunkt des Christentums aus zum Vorgehen gegen die deutschen Juden zu sagen ist, hat wirkungsvoll von katholischer Seite Pfarrer Alois Eckert („Rhein-Mainische Volkszeitung“, 4. April 1933, Nr. 80), von protestantischer Seite Pfarrer Rudolf Wintermann („Frankfurter Zeitung“, 16. April 1933, Reichsausgabe) dargetan.

Den herrschenden Geist des internationalen Wirtschaftslebens kennzeichnete zu Beginn der Londoner Weltwirtschaftskonferenz die „Germania“ (11. Juni 1933, Nr. 158) durch die Spannung zwischen der überaus oft von allen Seiten ausgesprochenen Erkenntnis, daß die Gesundung erst nach Beseitigung des politischen Wettrüstens und der wirtschaftlichen Verkehrshindernisse eintreten könne, und der Tatsache, „daß trotzdem seit dem Aufkommen des Planes einer neuen Weltwirtschaftskonferenz praktisch so gut wie keine Fortschritte nach dieser Richtung erzielt worden sind... Nichts macht den Wahnsinn dieser Wirtschaftspolitik der Welt deutlicher als die Tatsache, daß noch bei der Zusammenkunft der Staatsmänner in Lausanne, wo der Plan der Welt-

wirtschaftskonferenz gefaßt wurde, die Zahl der Arbeitslosen 20 Millionen betrug, daß aber heute bei dem Zusammentritt dieser Konferenz nach einem Jahre das Heer auf 30 Millionen angewachsen ist.“ Es bleibe nur die Hoffnung, daß durch diesen rasenden Sturz in den Abgrund „auch den verstocktesten und kurzsichtigsten oder vorsichtigsten“ Gegnern einer schnellen Verständigung klar werde, daß die für die Einigung nötigen Opfer geringer sind als die Schäden einer Fortsetzung der bisherigen Methoden.

### III.

In einem Aufsatze Mussolinis, den die „Preußischen Jahrbücher“ (April 1933, S. 1—16) in einer vom Verfasser genehmigten Übersetzung veröffentlichten, stehen manche recht nachdenklich stimmende Sätze von ungleicher Tiefe, Klarheit und Abgewogenheit über den Faschismus. „Für den Faschisten ist alles im Staat, und es gibt außerhalb des Staates nichts Menschliches oder Geistiges, und um so weniger wohnt ihm ein Wert inne“ (3). „Keine Einzelwesen außerhalb des Staates, noch Gruppen von der Art politischer Parteien, Verbände, Gewerkschaften oder Klassen!“ (3) Nation ist „nicht Rasse, noch geographisch begrenzte Landschaft, sondern sich fortpflanzendes Geschlecht, durch einen Gedanken geeinte Menge, in dem sich der Wille zu Dasein und Macht ausspricht, Bewußtsein seiner selbst oder Persönlichkeit“ (4). „Der faschistische Staat, als höchster und mächtigster Ausdruck der Persönlichkeit, ist Kraft, dies jedoch in geistigem Sinne. Sie umfaßt alle Formen des sittlichen und geistigen Lebens des Menschen“ (5). Der Faschismus glaubt „weder an die Möglichkeit, noch auch nur an den Nutzen eines dauernden Friedens... Allein der Krieg führt zu einem Spannungshöhepunkt aller menschlichen Energien und drückt allen Völkern, welche den Mut haben, ihm ins Auge zu schauen, einen Adelsstempel auf. Alle andern Proben sind Ersatzmittel, die den Menschen niemals in der Alternative des Lebens und des Todes sich selbst gegenüberstellen“ (8). „Wenn Demokratie bedeutet, das Volk nicht zu den Rändern des Staates zurückzudrängen, so könnte der Faschismus von dem, der dies niederschreibt, umgrenzt werden als eine organisierte, zentralisierte und autoritäre Demokratie“ (11). „Die Vorstellung der faschistischen Autorität hat nichts mit dem Polizeistaat gemein“ (12). „Der faschistische Staat organisiert die Nation, aber darauf läßt er den Einzelwesen hinreichenden Spielraum“ (15). „Der Staat hat keine Theologie, aber er hat eine Moral“ (15). „Man vermag sich eine Herrschaft, d. h. eine Nation vorzustellen, die unmittelbar oder mittelbar andere Nationen führt, ohne auch nur einen einzigen Quadratkilometer Boden erobern zu müssen“ (16). — In alledem findet man schwerlich die Überlieferungen der christlichen Staatslehre von unantastbaren Rechten der Einzelpersönlichkeit, der Familie und anderer aus der natürlichen Entwicklung des sozialen Lebens innerhalb und außerhalb des Staates entstehender Gruppen, von der Unerwünschtheit des Krieges, von der Pflicht des Staates, auch als Staat Gott zu verehren.

Korporativ wie der faschistische Staat ist nach Beendigung der Militärdiktatur auch Portugal. Artikel 5 der neuen Verfassung heißt: „Der

portugiesische Staat ist eine einheitliche und korporative Republik.“ Ohne diese Entwicklung grundsätzlich zu mißbilligen, bemerkt dazu der Herausgeber der führenden Lissabonner Monatschrift „Brotéria“ (Mai 1933, S. 296): „Schon seit den Zeiten Leos XIII. verkündigt man in der Kirche die korporative Organisation als Heilmittel für die heutigen sozialen Mißstände. Aber um dieser Bewegung die von der Kirche erwartete und verheißene Wirksamkeit zu sichern, muß man gewisse Strömungen vermeiden, die sie entkräften könnten: die kollektivistische Überspannung und die naive Entzückung. Übersteigerter Kollektivismus würde die organisatorische Tätigkeit der Körperschaften in die Irre führen, unkritische Begeisterung würde Hoffnungen wecken, die sich nicht verwirklichen lassen, und würde vielleicht auch zu wenig auf unersetzbare ethische Kräfte achten.“

In diesem Sinne ist es zu begrüßen, daß in Deutschland, obwohl die Verhältnisse naturgemäß noch längerer Zeit zur Festigung bedürfen, von höchsten Regierungsstellen mehrmals erklärt worden ist, der neue Staat wolle, natürlich unbeschadet seines Aufsichtsrechtes, auch konfessionelle Verbände für Wohlfahrtspflege, Sport, Berufsbildung usw. anerkennen. Ebenso hat das Zentrum nach gründlichen Beratungen, in denen Brüning als Führer mit allen Vollmachten zur Neubesetzung der Ämter ausgestattet wurde, durch eine Kundgebung vom 6. Mai 1933 seinen selbständigen Aufgabenkreis mit den Worten umschrieben: „Bei allen seinen politischen Arbeiten geht das Zentrum aus von den natürlichen Grundlagen deutschen Volkstums, deutscher Geschichte und Kultur, von den naturhaften Gegebenheiten in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und von den Grundwahrheiten des Naturrechtes und des christlichen Offenbarungsgutes. Hierin findet das Zentrum für seine politischen Arbeiten und Ziele wesenhafte Besonderheiten sowie prinzipielle Klarheit, Eindeutigkeit, Sicherheit und Endgültigkeit... Indem es in diesem Sinne an der politischen Ordnung des deutschen Volkes in Staat und Gesellschaft mitarbeitet, leistet es dem deutschen Volkstum und seiner Zukunft wesentliche und unentbehrliche Dienste.“ — Es wäre offenbar sinnlos, für diese Ideale des Zentrums, die auch über seiner ganzen Vergangenheit geleuchtet haben, und unabhängig von seinem parteimäßigen Bestande gültig sind, deshalb weniger begeistert zu sein, weil in den letzten Jahren die allgemeine Lockerung der Charakterfestigkeit hier und da auch in Parteistellen und in nahestehenden Verbänden oder Unternehmungen Boden gewonnen hat.

Mit Recht wird eine wertvolle Hilfe für die Gesundung unseres Volkes im Arbeitsdienst der Jugend erblickt, dessen anfangs freiwillige und dann pflichtmäßige Durchführung allerdings noch auf geldliche, erzieherische und weltanschauliche Schwierigkeiten stößt. Der katholische Karitasverband hat „in Bayern Pionierdienste geleistet“, da er bereits im Dezember 1931 ein Arbeitslager eingerichtet hat („Münchener Karitasstimmen“, Mai/Juni 1933, S. 11). Obgleich es nach vielen Zeugnissen aus verschiedenen Teilen Deutschlands nicht leicht ist, die Führerfrage und die erziehlichen Aufgaben der Freizeit befriedigend zu lösen, konnte in den „Akademischen Monatsblättern“ (April 1933, S. 190) festgestellt werden:

„Die bisher durchgeführten Arbeitsdienste führten besonders dann, wenn sie auf einheitlicher Gesinnungsgrundlage durchgeführt wurden, zu bestem Erfolg in Werk und Haltung der Teilnehmer. Unsere katholischen Lagern strömten in Scharen auch nichtorganisierte Jugendliche zu.“ Daher wurde in der Freiburger Monatschrift „Karitas“ (Mai 1933, S. 217) mit begreiflichem Erstaunen gefragt: „Warum die Beschränkung der Diensträgerschaft allein auf Stahlhelm und Nationalsozialisten? ... Katholische und evangelische Jugendorganisationen dürfen für sich in Anspruch nehmen, neben dem Stahlhelm bahnbrechend an der Ausgestaltung des Arbeitsdienstes mitgewirkt und ihn zur Anerkennung und freudigen Bejahung weitester Kreise der deutschen Jugend gebracht zu haben.“

Solche Maßhaltung im Ton bei der Vertretung eigener Überzeugungen und Rechte kennzeichnet das katholische Schrifttum vorteilhaft auch in den heiklen Auslandsfragen. In den deutsch-polnischen Streit um Danzig hat z. B. der Hauptschriftleiter der katholischen „Danziger Landeszeitung“, Franz Steffen, mit seinem Buche „400 Jahre bezeugen Danzigs Deutschtum“ (Danzig 1932, Westpreußischer Verlag) kraftvoll eingegriffen, sein Blatt ist in Posen und Pomerellen von 1930 bis 1932 verboten gewesen, aber trotzdem erklärt er auf der ersten Seite der zehn Blätter umfassenden Jubelnummer (25. März 1933) zum neunzigjährigen Bestehen der Zeitung, er werde „mehr positiv als negativ“ den Kampf für das deutsche Danzig „ungebrochen“ weiterführen, „dabei stets aber auch dem Gegner gerecht werden“. Nicht viele deutsche Tageszeitungen können sich die Versicherung dieses tapferen Blattes zu eigen machen, die Leserzahl sei nie so hoch gewesen wie jetzt. — Beachtenswert ist übrigens, daß der ehemalige Oberkommissar des Völkerbundes für Danzig, Dr. I. A. van Hamel, meint, wie Mussolini mit dem Vatikan einen Frieden erreicht habe, der den früheren liberalen Regierungen nicht gelungen sei, so könne vielleicht auch die stärker gewordene deutsche Regierung eher zur Verständigung mit Polen kommen als ihre Vorgängerinnen, besonders wenn, wie es für die Streitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada mit großem Erfolge geschehen sei, eine nur aus Polen und Deutschen bestehende, jährlich einige Male zusammentretende Kommission die beiderseitigen Ansprüche allmählich in Einklang zu bringen suche („International Conciliation“, Nr. 288, S. 32 f.).

Über die unsäglichen Leiden der deutschen Bauern in Rußland, deren Zahl noch immer mehr als eine Million beträgt, veröffentlicht die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Deutsches Leben in Rußland“ oft ergrifffende Berichte, Hunger und Qualen jeder Art treiben Tausende zur Flucht, aber auch so entrinnen sie selten dem Unglück. Unmittelbare Nachrichten, die der Zeitschrift (April/Mai 1933, S. 32) aus Charbin in der Mandschurei zugegangen sind, besagen: „Von all den zu Beginn der Annexion proklamierten Rechten, die die Ausländer und die russischen Emigranten erhalten sollten, ist weiter nichts mehr zu hören. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind im Vergleich zu den Preisen des Vorjahres um 40% gestiegen, die Löhne aber sind um 30% zurückgegangen... Aus Rußland kommen noch fast täglich Flüchtlinge an, doch sind es nur

alleinstehende Personen russischer Nationalität. Diese behaupten, daß der größte Teil der Geflüchteten den Russen ausgeliefert oder an der Grenze erschossen wird.“

In denselben Berichten wird bezeugt, daß die feindselige Haltung der Chinesen gegen die Japaner andauert. Da z. B. die chinesische Bevölkerung an der mandschurischen Staatsfeier nicht habe teilnehmen wollen, sei jedem Chinesen in Charbin eine Blechmarke ausgehändigt worden, die er bei der Feier persönlich wieder abgeben mußte. In der Neuyorker Wochenschrift „The Nation“ (24. Mai 1933, S. 582 f.) wendet sich Sun Chin-Lin, die Witwe von Sun Yat-Sen, mit einem Aufruf an die Jugend Chinas, die Studenten, die Freischärler, die Arbeiter und die Bauern, Männer wie Frauen. Sie sollen vereint den Kampf für ein freies und ungeteiltes China organisieren, „einen Kampf, der unlöslich mit dem Sieg der Arbeitermassen über ihre Ausbeuter, mit der Erringung der Freiheit in Wort und Schrift, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit und der Befreiung der politischen Gefangenen verbunden ist... Denken wir daran, daß die russische Revolution die Überlegenheit eines revolutionären Volkes und seiner revolutionären Heere über die Streitkräfte der ganzen kapitalistischen Welt bewiesen hat. Das chinesische Volk mit seiner großen revolutionären Überlieferung wird ebenso siegen. Nicht Imperialismus und Zerstückelung Chinas, sondern ein freies, einiges, revolutionäres China der Arbeiter und Bauern!“

Wie dort der Friede durch Vereinbarungen zwischen China und Japan immerhin nähergerückt erscheint, ist durch den Viermächtepakt, der in Rom am 7. Juni 1933 paraphiert wurde, ein weiterer Schritt zum Weltfrieden getan worden. Nicht wenig hat zur Entspannung die Reichstagsrede Hitlers am 17. Mai 1933 beigetragen. Die sehr zurückhaltende und durchaus „freisinnige“ Kopenhagener Tageszeitung „Politiken“ (18. Mai 1933) nannte sie ein „Meisterstück politischer und diplomatischer Beweisführung“ und meinte, das darin gezeichnete „Bild der internationalen Lage und der dadurch bestimmten außenpolitischen Haltung Deutschlands“ lasse sich „schwerlich in irgend einem wesentlichen Punkte bemängeln“. Der Viermächtepakt verpflichtet die europäischen Großmächte, sich um die Erhaltung des Friedens „im Rahmen des Völkerbundes“ zu bemühen, besonders um die Sicherung des Erfolges der Abrüstungskonferenz. Von der Konferenz nicht gelöste Fragen, die für die vier Mächte von „besonderem Belang“ sind, sollen sie unter sich zu lösen suchen. Wenn auch Mussolini selber vor zu großem Optimismus warnte, ist doch anerkannt worden, daß der zehn Jahre geltende Vertrag für die Beruhigung der Völker von Wert ist.

#### IV.

Die Turiner „Stampa“ (6. Juni 1933, Nr. 133) beleuchtete durch ein seltenes Beispiel, das dennoch keine alleinstehende Ausnahme ist, die Eigenart italienischer Volkskultur. In der Redaktion erschien am 5. Juni 1933 der 49 Jahre alte Bauer Giacomo Ferrari aus der Provinz Reggio Emilia mit einem über zwei Meter langen und oben im Durch-

messer zwölf Zentimeter dicken Stab aus hartem Buchsbaum. Erst mit 25 Jahren hatte Ferrari Dantes „Göttliche Komödie“ röhmen hören, und dann hatte er so lange gespart, bis er sich eine illustrierte Ausgabe kaufen konnte. Um mit seiner geringen Elementarbildung ohne fremde Hilfe allmählich in den Sinn einzudringen, lernte er Terzine um Terzine auswendig und wiederholte sie immer wieder bei seiner Feldarbeit. Jetzt hat er ungefähr sechstausend Verse im Gedächtnis. Vor drei Jahren wurde er so krank, daß er die Feldarbeit aufgeben mußte. Deshalb begann er Szenen aus Dante in einen teuer erworbenen Buchsbaumstab zu schnitzen. Von der Hölle unten bis zum Himmel oben zieren den Stab nun 54 Szenen mit 150 Figuren, dazu die Unterschriften in Worten der „Göttlichen Komödie“. Um den Unterhalt für sich und seine Familie zu gewinnen, zieht Ferrari durch die Städte Italiens und erklärt mit Versen Dantes die Schnitzereien seines herrlichen Stabes. Aber seine Krankheit erlaubt ihm bald auch das nicht mehr, und dann will er den Stab verkaufen, wie er schon zwei kleinere verkauft hat.

Während wir diesen Zug in unser Bild vom italienischen Menschen unschwer einordnen, sehen wir in der durch den Budapest Rundfunk zu neuer Beliebtheit gelangten Zigeunermusik meistens irrtümlich einen echten Ausdruck der Seele dieses Wandervolkes. Kodolányi Janos belehrt uns in der „Nouvelle revue de Hongrie“ (Mai 1933, S. 497—504), daß die musikalische Eigenart der Zigeuner in Spanien und England, in Bessarabien und der Ukraine viel reiner ist als in Ungarn, wo ihre öffentlich dargebotene Musik eher als unechte Überwucherung ungarischer, also nicht zigeunerischer Kunst mit barocken Elementen wirkt. „Nur unter sich singen sie ihre Lieder, tanzen sie ihre Tänze, tragen sie ihre Sprüche und Erzählungen vor.... Der Zigeuner weiß ganz genau, was ihn von den andern scheidet, die ihn kaum als Menschen gelten lassen.... In der gebildeten, kapitalistischen und christlichen Gesellschaft, die ihn zwingt, sich anzusiedeln, das Eigentum anzuerkennen, sich taufen zu lassen und sich statt in freien und wilden Wäldern in gesetzlich vorgezeichneten Grenzen zu bewegen, bleibt er ein Heide, ein Eindrucksmensch, ein Instinktwesen und drückt sein Widerstreben in Musik aus. Mag er seinem Aberglauben entsagen, die Zauberkünste aufgeben, seine Muttersprache vergessen, seine Erzählungen, seine Tänze, seine Lieder verleugnet haben — in einem bleibt er doch Zigeuner: in der Musik.... Noch einige Jahre, und unsere Zigeuner werden vollständig in dem Meere der sie umgebenden Bevölkerung untergegangen sein.“

Volksverbundenheit der Bühnenkunst hat zwar immer als wesentliche Forderung gegolten, und auch die neue deutsche Regierung dringt darauf, aber fast noch mehr freuten sich Kenner, daß vom Propagandaministerium, dem ja nun Theater und Kino unterstehen, entschieden betont wurde, das Völkische könne das Künstlerische nicht ersetzen — was man nach manchen Darbietungen auch des Rundfunk s leicht hätte meinen können. „Sehr richtunggebend und befreiend wirkte es“, schrieb Hans Knudsen in den „Preußischen Jahrbüchern“ (Juni 1933, S. 274), „daß Dr. Goebbels sich mit aller Energie gegen das billige Gesinnungs-

stück wandte, in der Weise, daß er formulierte: Propaganda ist nicht Parademarsch, und ein Theaterstück ist noch lange kein gutes Stück, wenn man die SA auf die Bühne marschieren läßt. Minister Göring hat gerade das im Anschluß daran noch besonders unterstrichen, indem er die Vorstellung weit von sich wies, als sei nun die Zeit der mediokren Bega-bungen gekommen; das ebensowenig wie etwa die der Denunzianten. Und indem er formulierte, man könne aus einem hervorragenden Theaterintendanten eher und leichter einen leidlichen Nationalsozialisten machen als aus einem mittelmäßigen Nationalsozialisten einen tüchtigen Theater-intendanten.“

Dem Fortschritte der höheren Bildung in Frankreich soll ein von der Kammer angenommenes Gesetz dienen, nach dem der gesamte höhere Unterricht in den Staatsschulen unentgeltlich ist, auch für ausländische Schüler. Außerdem besteht die Absicht, diesen Schulen auf Staatskosten Schülerheime anzugliedern und sogar bedürftigen Eltern eine Entschädigung für den Verdienstausfall zu gewähren, den sie dadurch erleiden, daß ihre Kinder studieren statt sobald wie möglich ins Erwerbsleben einzutreten. „Niemand“, sagt P. Yves de la Brière in den „Etudes“ (5. Mai 1933, S. 354), „kann genau die Ausgaben berechnen, mit denen man auf diese Weise den künftigen Staatshaushalt belastet. Aber jeder wird leicht begreifen, daß zumal in der heutigen Wirtschaftslage durch die Beschränkung all der Vergünstigungen auf die Staatsschulen die gesetzliche Freiheit, den höheren Unterricht in Privatschulen vorzuziehen, für weitaus die meisten Familien kaum noch in Betracht kommt.“

Die weniger vom Staate als von einem in Übergangszeiten oft zu umgestüm gegen notwendige Schranken anrennenden Partegeist bedrohte Freiheit der deutschen Universitäten hat der Vorstand des Verbandes der deutschen Hochschulen durch eine Erklärung („Berliner Tageblatt“, 2. Mai 1933, Nr. 201) zu schützen gesucht, in der es heißt: „Die Wiedergeburt des deutschen Volkes und der Aufstieg des neuen deutschen Reiches bedeutet für die Hochschulen unseres Vaterlandes Erfüllung ihrer Sehnsucht und Bestätigung ihrer stets glühend empfundenen Hoffnungen.“ Die deutsche Hochschule „lehnt die Form der Politisierung ab, die eine Verengung auf Sonderanschauungen bedeutet. Sie bejaht eine Politisierung, die den gemeinsamen nationalen Willen stärkt und also Willensschulung durch Wissensschulung bewirkt. Freiheit der Forschung verstehen wir nicht als Heimatlosigkeit des Geistes und als wertblind Relativismus, sondern als eine Darstellung der uralten deutschen Geistesfreiheit, die aus sittlicher Verantwortung vor der Wahrheit an der Welt der deutschen Wissenschaft weiterbaut... Unechte Gesinnung, blindes Mitlaufen, leere Schlagworte sind undeutsch. Sie sind aber auch unschöpferisch und gehören nicht in den Raum der deutschen Hochschule.“

## V.

Wieviel sich durch geduldige Anpassung auch einer unfreundlichen Natur abgewinnen läßt, beweisen die Hunderte von Obstsorten, die Iwan Mitschurin in fast sechzigjähriger Arbeit in Mittelrussland gezüchtet hat.

Die Frankfurter „Umschau“ (3. Juni 1933, S. 437—439) berichtete, daß ihm Apfelbäume gelungen sind, die ohne große Pflege noch unter 58° nördlicher Breite duftige und wohlschmeckende Früchte tragen, edle Birnbäume, die eine Kälte von 36° C, Kirschbäume, die 35° C, Weinstöcke, die sogar 50° C gut aushalten. Die Baumschule in Donskaja Sloboda, an der Mitschurin trotz seines hohen Alters noch immer tätig ist, erhält seit 1923 als „Staatliche Pomologische Versuchsstation“ Zuschüsse von der Regierung und hat manchen Anstalten in andern Gebieten der Sowjetunion als Vorbild gedient.

Mit ähnlicher Ausdauer hält Dr. Hugo Eckener trotz atmosphärischer Katastrophen an seinem Ideal der Luftschiffahrt fest. Einige Zeit nach dem Untergang des amerikanischen Militärluftschiffes Akron in einem Gewittersturm, der fast der gesamten Bemannung den Tod brachte, schrieb er in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (10. April 1933, Nr. 652): „Es muß möglich sein, Luftschiffe auch in den Vertikalbewegungen der Böen und Gewitter sicher in der Luft zu halten, sonst muß man die Verkehrs-luftschiffahrt aufgeben. Ich glaube, durch die bisherigen Fahrten des ‚Graf Zeppelin‘, auf denen wir mehrfach allerübelstes Böenwetter zu durchlaufen hatten, den Beweis geführt zu haben, daß ein Luftschiff in jedem Wetter zu halten sei. Beweist die Katastrophe der Akron jetzt das Gegen-teil? Ich glaube nicht... Meine Pläne werde ich unabirrt weiter verfolgen.“

Leider sind die Menschen von einem vernünftigen Verständigungswillen noch so weit entfernt, daß sie sich mit ihren technischen Errungenschaften nicht nur gegen Naturkräfte, sondern gegen den Mißbrauch ihrer eigenen Technik verteidigen müssen. Wie F. W. von Oertzen in der „Tat“ (Juni 1933, S. 210 ff.) darlegt, steht der Theorie des Massenkrieges, der in den beiden letzten Jahren des Weltkrieges so sehr zum Materialkrieg wurde, daß er das wirtschaftspolitische Ziel aller Kriegsführenden vernichtete, eine neue Kriegstheorie gegenüber, die mehr auf Schutz der Wirtschaft bedacht ist. „Man verweist zum Beweise für diese These auf die Art, in der Japan seit nunmehr annähernd zwei Jahren seinen Krieg gegen China führt. Die Methoden dieser Kriegsführung im fernen Osten lassen sich eigentlich kriegshistorisch nur mit den Manövriekriegen des 17. und 18. Jahrhunderts vergleichen. Diese Kriege wurden weitgehend nach dem Grundsatz geführt, daß der Krieg den Krieg ernähren müsse, und daß eine Beanspruchung der eigenen nationalen Wirtschaft nach Möglichkeit zu vermeiden sei.“ Der Verfasser gibt aber zu, daß diese Möglichkeit jedenfalls in West- und Mitteleuropa gering sein würde, und daß namentlich der Luftkrieg „nicht die verhältnismäßig stets gut gesicherten militärischen Anlagen, sondern die in der näheren und weiteren Umgebung befindlichen Wohnstätten der Zivilbevölkerung“ am härtesten trafe.

Verderbliches Eindringen der Technik in die Medizin beklagen gleicherweise die Professoren Veil in Jena („Zeitwende“, Mai 1933, 321 ff.) und Degkwitz in Hamburg („Deutsche Rundschau“, Juni 1933, 181 ff.). Veil befürchtet für die Zukunft seiner Wissenschaft „große Materialisierung, Technisierung und Verallgemeinerung“, und über die

„modernen Ärzte“ sagt Degkwitz: „Ihre ärztliche Technik, ihr chemisches und physikalisches Rüstzeug ist in unerhörtem Maße angewachsen, während ihre naturwissenschaftliche Bildung immer mehr verflacht ist und weiter verflacht werden soll.“ Und wie Veil für die medizinische Wissenschaft Menschen fordert, „deren Gedanken an der Befreiung durch den echten Humanismus in vollster Weite teilgenommen haben, die zugleich aber dem Zeitalter der Naturwissenschaften angehören müssen und letzten Endes keinen Augenblick daran zweifeln dürfen, daß sie die hohe Erbschaft des Arztpriestertums ältester menschlicher Zeiten zu bewahren haben“, so sagt Degkwitz: „Wie unser Bruder im Geiste, der Seelsorger, wohl den Menschen dient, aber den Blick auf das Jenseits gerichtet hat, und diese Haltung seine Stellung in der Allgemeinheit bestimmt, so muß der Arzt über seine Tätigkeit am Krankenbett hinaus Diener im Mysterium des Lebens sein.“

## Umschau

### Stand und Wert der Koedukation

Das nationalpolitische Bildungswollen fordert mit Nachdruck, daß beim Umbau der Volksordnung und des Staates die wesenhafte Verschiedenheit der Geschlechter die ihr gebührende Berücksichtigung findet. Ein sprechendes Beispiel für dieses Wollen bietet das „deutsche Frauenkulturprogramm“ der „deutschen Frauenschaft“. In ihm wird der Versuch gemacht, das bekannte Pestalozziwort „Ich will die Erziehung des Volkes in die Hand seiner Mütter legen“ zum Leitmotiv der ganzen Erziehungsarbeit zu machen. Dieses Programm strebt ein auf den Werten echten deutschen Frauentums aufbauendes umfassendes Bildungsprogramm an. Manche Kreise der neuen Bewegung, wie z. B. E. Kriech (Nationalpolitische Erziehung S. 69), sehen das Ideal in einer fast völligen Rückführung der Frau in die Familie. Kriech sagt: „In der Gesamtheit der Familien stellt sich das Volk dar als ein Gewebe aus Zellen. Die Betreuung des Innenlebens der Zellen ist der Beruf der Frau, mit der sie ihre volle Arbeit am Leben des Ganzen hat. Die volle Hälfte des Daseins fällt ihr als Eigenwert zu. Der Mann aber vertreibt mit seinem Beruf die Familie in ihrem Verhältnis zum übrigen Gesamt- raum.“ Mag man auch eine solche Scheidung der Aufgabengebiete als eine zu große Vereinfachung eines verwickelten Sachverhaltes ansehen — das deut-

sche Frauenkulturprogramm sucht einen Standort zu gewinnen, der der Frau auch Funktionen im öffentlichen Leben zuweist —, so muß man doch zugeben, daß das nationalpolitische Bildungswollen einen sehr beachtenswerten Grundsatz vertritt, der für die katholische Menschen- und Bildungslehre von jeher maßgebend gewesen ist.

Unter dem Einfluß eines die Unterschiede der Menschen nivellierenden liberalistischen Zeitgeistes hatte man sich daran gewöhnt, die Verschiedenheit der Geschlechter als unbeachtlich, wenn nicht gar als schädlich anzusehen. Hier liegt eine Wurzel der Frauenrechtsbewegung. Diese setzte sich im Verfolg ihrer Grundidee kraftvoll für die gemeinsame Erziehung und Unterrichtung der Geschlechter ein. Dazu kamen wirtschaftliche Erwägungen, die aus dem immer stärker werdenden Einströmen der Frauen in den Produktionsprozeß erflossen. Und so stellen wir in der ganzen Welt, nicht zuletzt aber in Deutschland, ein starkes Fortschreiten der Koinstruktion fest.

Diese erhielt in der letzten Zeit einen starken Auftrieb durch den Rückgang der Schülerzahlen und die Notwendigkeit, durch Zusammenlegung von Klassen zu sparen.

Es drängte sich daher geradezu auf, die Frage der Koedukation allseitig und gründlich zu prüfen. Das geschieht in einem soeben erschienenen Buch „Ge-